



Deutsche**Notar**Akademie

TESTAMENT



Grundkurs Notarprüfung

Erbrecht I

**Ehegattenerbrecht, Annahme und
Ausschlagung, Erbengemeinschaft,
Grundlagen Pflichtteils-, Erbenhaftungs- und
Vermächtnisrecht**

Deutsche**Anwalt**Akademie GmbH

Littenstraße 11 • 10179 Berlin

Fon +49 30 726153-0

daa@anwaltakademie.de

www.anwaltakademie.de

Inhaltsverzeichnis

Literatur

A.	Die Grundlagen des Familien- und Verwandten-Erbrechts	1
B.	Erbrechtliche Grundlagen	1
I.	Wichtige erbrechtliche Begriffe	1
1.	Erbe, Erbfall und Erbschaft	1
2.	Vermächtnisnehmer	2
3.	Auflage	4
4.	Erbfähigkeit	4
5.	Gleichzeitiges Versterben	5
6.	Gesetzliche Erbfolge	5
a.	Verwandtenerbrecht	5
b.	Ehegattenerbrecht	6
c.	Der Staat als Erbe (Fiskuserbrecht)	6
7.	Gewillkürte Erbfolge	6
8.	Pflichtteilsrecht	7
9.	Anzuwendendes Recht	8
II.	Die gesetzliche Verwandtenerbfolge	9
1.	Die Verwandten als gesetzliche Erben	9
a.	Die Erbfolge nach Ordnungen (sog. Parentelsystem)	9
b.	Die Erbfolge nach Stämmen	10
c.	Die mütterlicherseits und väterlicherseits Linien	11
d.	Gesetzliche Erben ab der vierten Ordnung	12
2.	Spezielle Verwandtenkonstellationen	12
a.	Die Halbgeschwister des Erblassers	12
b.	Die adoptierten Erben	12
(1)	Die Minderjährigenadoption (§§ 1741 ff. BGB)	13
(2)	Die Volljährigenadoption (§§ 1767, 1770 BGB)	13
3.	Das nicht-eheliche Kind (neKi)	14
a.	Erste Stufe: Verwandtschaft des neKi prüfen	14
(1)	Nicht-eheliches Kind vor dem 01.07.1970 geboren	14
(2)	Nicht-eheliches Kind zwischen 01.07.1970 und 01.04.1998 geboren	15
(3)	Regelung für die Übergangszeit nach dem 01.07.1970	16
(4)	Nicht-eheliches Kind ab dem 01.04.1998 geboren	17
b.	Zweite Stufe: Das Erbrecht des neKi prüfen	17
(1)	Erblasser vor dem 01.07.1970 verstorben	18
(2)	Erblasser zwischen dem 01.07.1970 und 01.04.1998 gestorben	18
aa)	Der Erbersatzanspruch nach § 1934a BGB a.F.	18
bb)	Der vorzeitige Erbausgleich nach § 1934d, e BGB a.F.	19

C.	Das Ehegattenerbrecht	23
I.	Wirksamkeit der Eheschließung.....	23
II.	Gesetzliches Erbrecht des überlebenden Ehegatten	24
1.	Ausgangsnorm des § 1931 BGB	24
2.	Die Besonderheiten bei den einzelnen Güterständen.....	26
a.	Die Zugewinnngemeinschaft (§§ 1363 ff. BGB)	26
b.	Die Gütertrennung (§ 1414 BGB).....	27
c.	Die Gütergemeinschaft (§§ 1415 ff. BGB).....	28
d.	Sonderfall des § 1931 Abs. 1 Satz 2 BGB	29
e.	Sonderfall des enterbten Ehegatten (§ 1371 Abs. 2 BGB).....	30
f.	Sonderfall des ausschlagenden Ehegatten.....	32
g.	Der Voraus nach § 1932 BGB.....	33
h.	Der deutsch-französische Güterstand der Wahl-Zugewinnngemeinschaft	33
III.	EU-Güterrechtsverordnungen vom 24.06.2016 – anzuwenden seit dem 29.01.2019.....	36
1.	Geltungsbereich.....	36
2.	Anzuwendendes Recht (ohne Rechtswahl).....	36
3.	Kein Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts bei einer geschäftsunfähigen Person – OLG München, Beschl. vom 22.03.2017	37
4.	Praxis-Hinweis	38
5.	Praxis-Problem	38
6.	Parteiautonomie für Eheleute und registrierte Lebenspartner	38
a.	Güterrechtliche Rechtswahl nach neuem Recht	38
b.	Güterrechtliche Rechtswahl nach altem (deutschem) Recht.....	40
7.	Literatur.....	41
D.	Exkurs: IPR-Erbrecht	42
I.	Die Grundregel des deutschen Kollisionsrechts: Grundsatz der Nachlassseinheit	42
II.	Die EU-Erbrechtsverordnung (EU-ErbVO).....	42
III.	Ausweichregelung bei Verbindung zu einem anderen Staat.....	46
IV.	Rechtswahl	46
1.	Erweiterte Rechtswahlmöglichkeiten	46
2.	Voraussetzungen der Rechtswahl	49
3.	Die internationale Zuständigkeit bei einer Rechtswahl	50
4.	Problem gemeinschaftliches Testament	52
a.	Verbot des gemeinschaftlichen Testaments in einzelnen Rechtsordnungen	52
b.	Lösungsansätze für das seit 17.08.2015 geltende Recht	52
c.	Fehlende Kollisionsregel für gemeinschaftliche Testamente in der EU-ErbVO.....	53
(1)	Einseitige Verfügungen im gemeinschaftlichen Testament.....	53
(2)	Wechselbezügliche Verfügungen im gemeinschaftlichen Testament.....	54
d.	Risiken beim gemeinschaftlichen Testament	55

E.	Annahme und Ausschlagung der Erbschaft	58
I.	Einführung	58
II.	Die Annahme der Erbschaft	58
III.	Die Ausschlagung der Erbschaft	59
1.	Die Ausschlagungsfrist (§ 1944 BGB).....	59
2.	Die Ausschlagungserklärung (Form nach § 1945 BGB)	59
3.	Keine Bedingung oder Zeitbestimmung (§ 1947 BGB)	60
4.	Die Rechtsfolge der Ausschlagung	60
5.	Sonderfälle der Ausschlagung	61
a.	Die Ausschlagung durch Minderjährige.....	61
b.	Die Ausschlagung durch einen Ehegatten	62
c.	Die Ausschlagung durch den Nacherben	62
IV.	Die Anfechtung der Annahme oder Ausschlagung	63
1.	Der Anfechtungsberechtigte.....	63
2.	Die Anfechtungsfrist (§ 1954 BGB)	63
3.	Die Anfechtungserklärung (§ 1955 BGB)	64
4.	Die Anfechtungsgründe	64
a.	Anfechtungstatbestände des § 119 Abs. 1 BGB	64
(1)	Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1, 1. Alt. BGB).....	64
(2)	Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1, 2. Alt. BGB).....	64
b.	Anfechtungstatbestand des § 119 Abs. 2 BGB	65
(1)	Eigenschaftsirrtum – Grundlagen	65
(2)	Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaften einer Sache.....	65
(3)	Irrtum über die Person	67
5.	Rechtsfolge	67
a.	Formulierungsbeispiel für die Anfechtung der Erbschaftsannahme	67
b.	Zuständiges Nachlassgericht für die Anfechtungserklärung	67
6.	Exkurs: Familien- bzw. betreuungsgerichtliche Genehmigung	68
a.	Allgemeines.....	68
b.	Bestellung eines Ergänzungspflegers für das Genehmigungsverfahren.....	69
c.	Maßgebende Interessen für die Erteilung der Genehmigung.....	69
d.	Versagung der Genehmigung wegen Sittenwidrigkeit der Ausschlagung	69
7.	Aufhebung einer wechselbezüglichen Verfügung nach Ausschlagung durch den überlebenden Ehegatten.....	70
8.	Beendigung der Vor- und Nacherbschaft bei Ausschlagung des Nacherben	70
F.	Die Erbengemeinschaft	71
I.	Vermögensübergang – Gesamthandsgemeinschaft.....	71
1.	Der Vonselbsterwerb	71
2.	Der Übergang des Besitzes	71
3.	Nichtrechtsfähigkeit der Erbengemeinschaft.....	71

II.	Die Verwaltung des Nachlasses	72
1.	Grundsatz	72
2.	Begriff	73
3.	Die drei verschiedenen Maßnahmen des Verwaltungshandelns	73
a.	Maßnahmen der ordnungsmäßigen Verwaltung	73
(1)	Begriff	73
(2)	Mehrheitsbeschluss	74
(3)	Anspruch auf Zustimmung	75
(4)	Erfüllung von Nachlassverbindlichkeiten als ordnungsgemäße Verwaltung	76
(5)	Entstehen einer Nachlasserbenschuld	76
b.	Maßnahmen der außerordentlichen Verwaltung	77
(1)	Einstimmigkeitserfordernis	77
(2)	Haftungsfolgen	77
c.	Maßnahmen der Notverwaltung	77
(1)	Begriff	77
(2)	Alleinhandlungsrecht jedes Miterben	77
(3)	Haftungsfolgen	78
(4)	Veräußerung von Nachlassgrundstücken	78
III.	Forderungen im Nachlass – Prozessstandschaft gem. § 2039 BGB	81
1.	Grundsatz und Ausnahme	81
2.	Befugnisse des einzelnen Miterben	82
a.	Außergerichtlich	82
b.	Prozessführungsbefugnis	82
c.	Prozessrecht	82
IV.	Verfügung über Nachlassgegenstände	83
1.	Grundsatz	83
2.	Begriff	83
3.	Gesetzliches Vertretungsrecht	83
4.	Die Aufrechnung mit einer Nachlassforderung als Verfügungshandlung	84
5.	Das Vorausvermächtnis	85
V.	Der Surrogationserwerb	85
1.	Allgemeines	85
2.	Zweck der dinglichen Surrogation: Werterhaltung der Sachgesamtheit Nachlass	85
3.	Die drei Surrogationsarten des § 2041 BGB	85
a.	Die Rechtssurrogation	86
b.	Die Ersatzsurrogation	86
c.	Die Beziehungssurrogation	86
4.	Die Rechtswirkungen der dinglichen Surrogation	86
a.	Grundsatz: Erwerb kraft Gesetzes	86
b.	Ausnahme	87
5.	Direkterwerb – kein Durchgangserwerb	87
6.	Gerichtliche Geltendmachung der dinglichen Surrogation	88
7.	Abgrenzung zur schuldrechtlichen Surrogation	88

VI.	Die transmortale und postmortale Vollmacht	89
1.	Zweck.....	89
2.	Befugnisse des Bevollmächtigten	89
3.	Grenzen der Vollmacht	90
a.	Jederzeitiges Widerrufsrecht jedes Miterben	90
b.	Transmortale Vollmacht für den Alleinerben des Vollmachtgebers	90
c.	Interessenwahrung bei Vollmachtsausübung.....	91
d.	Vollmacht für freiheitsbeschränkende Maßnahmen	91
4.	Postmortale Vollmacht und Testamentsvollstreckung.....	91
5.	Transmortale Vollmacht und Grundstücksrecht	92
VII.	Der Anspruch auf Erbauseinandersetzung – Ausgangssituation	93
1.	Die verschiedenen Möglichkeiten der Erbauseinandersetzung	93
2.	Der gesetzliche Auseinandersetzungsanspruch	94
a.	Jederzeit fälliges Auseinandersetzungsverlangen	94
b.	Vollzug des klagestattgebenden Urteils	95
c.	Inhalt des kausalen Rechtsverhältnisses	95
(1)	Die Erfüllung der Nachlassverbindlichkeiten	95
aa)	Die vom Gesetz festgelegte Reihenfolge.....	95
bb)	Erfüllung von Nachlassverbindlichkeiten als Maßnahme der ordnungsmäßigen Verwaltung des Nachlasses.....	97
(2)	Die Teilbarkeit des Restnachlasses	97
aa)	Erster Grundsatz: Teilung in Natur	98
bb)	Zweiter Grundsatz: der Zwangsverkauf	98
3.	Begriffe: Nachlassauseinandersetzung – Erbteilung.....	99
4.	Die Anspruchsberechtigten	99
a.	Miterben als Anspruchsberechtigte	99
b.	Weitere Anspruchsberechtigte	99
5.	Ausgleichung lebzeitiger Zuwendungen	100
a.	Der Kreis der ausgleichungspflichtigen Miterben	100
(1)	Abkömmlinge als Ausgleichungspflichtige.....	100
(2)	Gegenseitige Einsetzung (§ 2269 BGB) und ausgleichungspflichtige Vorempfänge	101
(3)	Ausgleichungspflicht bei Wegfall eines Abkömmlings	101
b.	Die der Ausgleichungspflicht unterliegenden Vorempfänge	102
(1)	Die gesetzliche Regelung.....	102
(2)	Begriff der Ausstattung	102
(3)	Die Ausstattung als Ergänzung des Kindesunterhalts.....	103
(4)	Abgrenzung Ausstattung – Schenkung	103
(5)	Die rechtlichen Eigenschaften der Ausstattung	103
(6)	Übermaß an Berufsausbildungskosten	104
(7)	Begriff der Schenkung	105
aa)	Gemischte Schenkung.....	105
bb)	Berücksichtigung eines vorbehaltenen Nießbrauchs	105
(8)	Geldzuwendung von Eltern ist im Zweifel Ausstattung an das eigene Kind (nach §§ 1374, 1624 I BGB).....	106
(9)	Übertragung „im Wege der vorweggenommenen Erbfolge“	106
(10)	Die Gewährung freien Wohnraums als Ausstattung bzw. pflichtteilsergänzungsrelevante Schenkung?	107
c.	Die Berechnung der Ausgleichung	107
d.	Maßgebender Wert	108

e.	Keine Rückgabe des Mehrempfangs (§ 2056 BGB)	109
f.	Auskunftsanspruch wegen ausgleichungspflichtiger Vorempfänge	109
6.	Leistungen für den Erblasser	110
7.	Erbaueinandersetzung	111
G.	Grundzüge des Pflichtteilsrechts	112
I.	Allgemeines	112
II.	Der Kreis der pflichtteilsberechtigten Personen	112
1.	Abkömmlinge	113
a.	„Der Nähere schließt den Entfernteren aus“	113
b.	Vom Pflichtteilsrecht ausgeschlossene Abkömmlinge	113
2.	Überlebender Ehegatte	113
3.	Eltern	113
4.	Eingetragene Lebenspartner	114
III.	Ausschluss von der Erbfolge	114
IV.	Das Pflichtteilsrecht der Abkömmlinge im Besonderen	114
1.	Der Nähere schließt den Entfernteren aus	114
2.	Der Entferntere hat trotz des Vorhandenseins eines Näheren ein Pflichtteilsrecht, falls er ebenfalls ausgeschlossen oder übergegangen (enterbt) ist	115
3.	Pflichtteilsrecht des entfernten Abkömmlings bei Enterbung des Näheren einschließlich Pflichtteilsentziehung – BGH, Urteil vom 13.04.2011	115
4.	Pflichtteilsrecht des entfernten Abkömmlings – Begriff des „Hinterlassenen“ – BGH, Urteil vom 27.06.2012	115
V.	Die Sicherung des Pflichtteils	116
1.	Der Pflichtteilsanspruch des Erben („Zusatzpflichtteil“)	116
2.	Beschränkungen und Beschwerden des Pflichtteilsberechtigten	117
3.	Vermächtnis- und Pflichtteilslast des Ersatzerben	119
VI.	Die Berechnung des Pflichtteils	119
1.	Der maßgebliche gesetzliche Erbteil	119
2.	Zusammentreffen eines Ehegatten mit Abkömmlingen	120
3.	Besonderheiten des Ehegattenpflichtteils	120
a.	Güterstandsabhängigkeit der Pflichtteilsquote	120
b.	Ehegattenpflichtteil bei Zugewinnngemeinschaft	120
(1)	Pauschale Quotenerhöhung	121
(2)	Wahlrecht des überlebenden Ehegatten	121
4.	Bestand und Wert des Nachlasses	121
a.	Allgemeines	121
b.	Stichtagsprinzip	122
c.	Nachlassbestand	122
d.	Bewertung von nach dem Erbfall veräußerten Nachlassgegenständen; Darlegungs- und Beweislast – BGH, Beschluss vom 25.11.2010	122
e.	Nachlassverbindlichkeiten	123

VII.	Anrechnung lebzeitiger Zuwendungen auf den Pflichtteilsanspruch.....	123
1.	Art der anrechnungspflichtigen Zuwendungen.....	123
2.	Bestimmung der Anrechnungspflicht	124
3.	Stillschweigende Anrechnungsbestimmung.....	124
4.	Nachträgliche Bestimmung der Anrechnungspflicht.....	125
5.	Anrechnung lebzeitiger Zuwendungen auf den Pflichtteil beim Berliner Testament – OLG Koblenz, Beschluss vom 14.06.2010	125
VIII.	Ausgleichung lebzeitiger Zuwendungen im Rahmen der Pflichtteilsberechnung	126
1.	Die „Fortsetzung“ des Ausgleichungsrechts im Pflichtteilsrecht.....	126
2.	Kumulation von Ausgleichung und Anrechnung	126
IX.	Pflichtteilsergänzungsrecht.....	126
1.	Zehn-Jahres-Frist.....	126
2.	Abschmelzung des Schenkungswerts	127
3.	Die Lebensversicherung – Änderung der Rechtsprechung – BGH-Urteil vom 28.04.2010	128
4.	Abfindung für Erb- und Pflichtteilsverzicht	129
H.	Grundzüge des Erbenhaftungsrechts	130
I.	Haftungsbeschränkungsmaßnahmen	130
1.	Haftungssituation	130
2.	Die Haftungsbeschränkungsmöglichkeiten im Überblick	131
3.	Die zwei förmlichen Nachlassverfahren	132
II.	Abwehr von Nachlassgläubigern in das Eigenvermögen des Erben	132
1.	Erfordernis des Haftungsbeschränkungsvorbehalts nach § 780 ZPO	132
2.	Entbehrlichkeit des Haftungsbeschränkungsvorbehalts.....	132
I.	Grundzüge des Vermächtnisrechts	133
I.	Überblick über das Vermächtnisrecht.....	133
1.	Begriff.....	133
2.	Anordnung des Vermächtnisses	133
3.	Die Auslegungsregel des § 2087 Abs. 2 BGB	133
4.	Gegenstand des Vermächtnisses	135
5.	Arten des Vermächtnisses	136
II.	Der schuldrechtliche Vermächtnisanspruch	136
1.	Subsidiäre Geltung des Schuldrechts	136
2.	Vermächtnisschuldner	136
3.	Anfall und Fälligkeit.....	137
4.	Unmögliches oder ungesetzliches Vermächtnis	137

III.	Der Schuldner des Vermächtnisses	138
IV.	Der Wegfall des Vermächtnisbeschwerten	139
V.	Der Ersatzvermächtnisnehmer	139
VI.	Erfüllung des Vermächtnisses zu Lebzeiten des Erblassers	140
VII.	Vindikationslegat ausländischen Rechts	140
J.	Fälle	141
	Fall 1 (Überschuldeter Nachlass – Anfechtung der Erbschaftsannahme)	141
	Fall 2 (Zugewinnngemeinschaft – Enterbung Ehefrau und Sohn)	141
	Fall 3 (Testamentarisch zurückgesetzter Sohn)	141
	Fall 4 (Ausgleichung lebzeitigen Vorempfangs beim Pflichtteil)	142
	Fall 5 (Erbauseinandersetzung bei geringfügigem Nachlass)	142
K.	Lösungen	143
	Lösung zu Fall 1 (Überschuldeter Nachlass – Anfechtung der Erbschaftsannahme)	143
	Lösung zu Fall 2 (Zugewinnngemeinschaft – Enterbung Ehefrau und Sohn)	144
	Lösung zu Fall 3 (Testamentarisch zurückgesetzter Sohn)	145
	Lösung zu Fall 4 (Ausgleichung lebzeitigen Vorempfangs beim Pflichtteil)	146
	Lösung zu Fall 5 (Erbauseinandersetzung bei geringfügigem Nachlass)	147